

# »Frieden in Europa wird es nur mit und nicht gegen Russland geben«

## **Dokumentiert. Rede auf dem III. Internationalen Antifaschistischen Forum vom 24. bis 26. Mai in Moskau**

Von Egon Krenz

Zum ersten Mal habe ich im Winter 1957, knapp zwölf Jahre nach dem Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus, hier in Moskau auf einem Friedenstreffen gesprochen. Zu meinem Thema gehörte seitdem, wie Bürger der Deutschen Demokratischen Republik aus der Geschichte gelernt hatten, dass Sowjetunion und Frieden eins waren.

Die Entspannungspolitik der siebziger und achtziger Jahre war für beide Seiten gut. Sie hat dazu geführt, dass aus dem Kalten Krieg kein heißer, kein atomarer wurde. Das wussten damals auch Willy Brandt und selbst CDU-Kanzler Kohl. Ihre politischen Erben in Deutschland haben dies leider vergessen.

Im Osten des nun vereinten Deutschlands ist die Erkenntnis von der Friedensmacht Sowjetunion bei vielen Bürgern noch heute lebendig: Frieden in Europa wird es nur mit und nicht gegen Russland geben. Während der deutsche Außenminister unverschämt erklärte: »Russland wird immer ein Feind für uns bleiben«, erklären immer mehr Bürger: »Russland ist nicht unser Feind.«

In wenigen Wochen jährt sich zum 85. Mal das Schanddatum der deutschen Geschichte: Der 22. Juni 1941 – der Tag des heimtückischen deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. 27 Millionen Sowjetbürger verloren in Hitlers Raubkrieg das Leben. 1.710 Städte und über 70.000 Dörfer, Zehntausende Industriebetriebe sowie Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen wurden dem Erdboden gleichgemacht. Kein Land der Welt hatte mehr Opfer zu beklagen als die Sowjetunion.

Diese geschichtlichen Fakten müssen von Regierungen aller Couleur anerkannt und gewürdigt werden. Die Soldaten der Roten Armee haben ihr Leben für ihre Heimat und darüber hinaus für die Menschheit gegeben. Im Treptower Park in der deutschen Hauptstadt Berlin steht ein Denkmal, das einen sowjetischen Soldaten zeigt, der mit einem deutschen Kind im Arm das Hakenkreuz zertritt. Das ist eine Botschaft auch für uns heute. Die Sieger des Zweiten Weltkrieges haben es verdient, für alle Zeiten fest in der Erinnerung der Völker zu bleiben – unabhängig von tagespolitischen Ereignissen. Die Denkmäler, die ihnen gewidmet sind, mahnen: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

An den Wänden des Deutschen Reichstages, in dem seit der staatlichen deutschen Einheit das Parlament, der Deutsche Bundestag, tagt, sind Inschriften von Sowjetsoldaten zu lesen, die vor 81 Jahren den Reichstag

erstürmten und das rote Banner des Sieges hissten. Alle berühren mich zutiefst. Eine Inschrift ganz besonders. Sie lautet: »Deutschland, wir sind zu dir gekommen, damit du nicht mehr zu uns kommst.«

Ich stelle mir vor, was dieser Rotarmist empfinden würde, könnte er erleben, dass Deutschland nach dem Willen seiner Regierenden wieder »kriegstüchtig« werden soll. Wahrscheinlich würde er fragen: Warum vergesst Ihr Deutschen immer wieder Eure eigene Geschichte? Die Russen sind niemals in kriegerischer Absicht nach Deutschland gekommen. Sie kamen zweimal – einmal wegen Napoleon und einmal wegen Hitler. Wie das ausging, ist gut bekannt. Ihr aber, die Deutschen, kamt im 20. Jahrhundert zweimal in unsere russische Heimat. Und jetzt sollen wir erneut Eure Feinde sein? Nein, das kann nicht wahr sein ...

Ich bin noch Kriegskind, war 1945 acht Jahre alt, habe das Ende der Nazierrschaft noch erlebt, Krankheit, Hunger und Armut dazu. Manche Kindheitserinnerungen verliert man nie. Zum Beispiel, wie tiefschwarzes, feuchtes russisches Soldatenbrot schmeckt, wenn ringsum jedes Gramm Essen rationiert ist.

Unweit meines Zuhauses war ein sowjetischer Offizier einquartiert, ein Dolmetscher der Militärkommandantur. Jeden Abend, wenn er vom Dienst nach Hause kam, brachte er mir etwas Essbares mit. Ein Stückchen Kastenbrot eben, oder Würfelzucker, manchmal einen Kanten Speck. Einmal summt er ein Lied, und ich sollte einstimmen. Das konnte ich nicht. Er rief mir zu: »Das ist doch aber das Heideröslein von Goethe.« So lernte ich Goethes »Heideröslein« von einem Rotarmisten, der im Krieg durch deutsche Schuld seine Eltern verloren und dennoch seine Liebe zur deutschen Sprache behalten hatte. Ich lernte die tatsächliche Natur der Sieger kennen, die uns die Nazis als »barbarische Untermenschen« weiszumachen versucht hatten. Die Dankbarkeit für die Befreiungstat der Roten Armee stand in der DDR nie zur Disposition. Sie war Staatsräson und zugleich Charaktersache für einen Großteil der Bevölkerung. Daraus erklärt sich zum erheblichen Teil auch die weit verbreitete ostdeutsche Empörung über den Rückfall bundesdeutscher Politik in einen ideologischen Käfig von Russophobie und unüberwindbar erscheinendem Völkerhass.

Am Vorabend des 85. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion frage ich mich erneut, welche moralische Verantwortung die Geschichte uns Deutschen auferlegt. Mir fällt dabei als erstes ein Wort meiner Landsmännin Rosa Luxemburg ein, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg mit Berufung auf Friedrich Engels schrieb: »Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.«

Die Vernunft gebietet es, den Marsch in die russophobe Kriegstüchtigkeit zu stoppen. Die Weichen auf Zukunft zu stellen, bedeutet: keine Hochrüstung, keine neuen Raketen! Deutschland muss nicht »kriegstüchtig« sein, sondern friedensfähig werden.

Meine Generation war über Jahrzehnte von dem Motto geprägt: »Für antiimperialistische Solidarität, Frieden, und Freundschaft«. In den neunziger Jahren verschärfte der Imperialismus seine Politik der Aggression und die Versuche von Regimewechseln, von Wirtschaftssanktionen und Erpressungen.

Wir sind solidarisch mit dem tapferen Volk Kubas, das sich entschlossen gegen den US-Imperialismus wehrt. Wir sind tief verbunden mit Venezuela. Wir bekräftigen, dass wir die Politik des Imperialismus nicht länger hinnehmen wollen und aktiv an der Seite unserer russischen und chinesischen Freunde am Kampf gegen Faschismus, Militarismus und Krieg, für antiimperialistische Solidarität, friedliche Koexistenz und Völkerfreundschaft eintreten wollen.

## **Internationales Antifaschistisches Forum**

Vom 24. bis 26. Mai fand in Moskau das III. Internationale Antifaschistische Forum statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto »Kampf gegen Terrorismus, Willkür und Aggression – Für Frieden und Sicherheit – Kampf gegen Neofaschismus und Imperialismus«.

Laut der einladenden Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) beteiligten sich Delegationen aus rund 100 Ländern von kommunistischen, sozialistischen, Arbeiter- und »volkspatriotischen« Parteien, Gewerkschaften, Jugend-, Frauen-, und Veteranenorganisationen sowie antifaschistischen und antiimperialistischen Netzwerken.

Als Ehrengast sprach der 89jährige Egon Krenz, letzter sozialistischer Staatschef der DDR. Er erhielt dort vom Parteivorsitzenden der KPRF Gennadi Sjuganow den Leninpreis der KPRF.

In seiner Eröffnungsrede erklärte Sjuganow, dass sich der Kapitalismus als unfähig erwiesen habe, die zentralen Probleme unseres Planeten zu lösen. »Der Ausweg aus der Krise, die Lösung globaler Probleme sowie eine friedliche und erfolgreiche Entwicklung sind nur auf dem Weg des Übergangs zum Sozialismus möglich.«

Der russische Präsident Wladimir Putin betonte in einem Grußwort die Notwendigkeit, »die Kräfte aller konstruktiven Kräfte zu bündeln, um eine gerechte, demokratische und multipolare Welt aufzubauen«. Es gelte, sich der weltweiten Ausbreitung destruktiver Ideologien wie Fremdenfeindlichkeit, Neonazismus, Antisemitismus und Russophobie zu widersetzen. Putin bemerkte, dass alle am Forum beteiligten parlamentarischen Parteien aus Russland eine stabile patriotische Haltung einnehmen und die Teilnehmer der »militärischen Spezialoperation« in der Ukraine unterstützen.

Eine Reihe von internationalen kommunistischen Parteien, die sich bewusst nicht an dem erstmals 2023 in Minsk veranstalteten Forum beteiligen, werfen der KPRF vor, Antifaschismus zu benutzen, um eine politische Front zugunsten russischer geopolitischer Interessen zu bilden. So kritisierte die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) anlässlich des zweiten Forums in Moskau im Mai 2025 in ihrer Parteizeitung *Rizospastis*, dass das Forum mit Unterstützung der russischen Regierung organisiert worden sei und zu Antikommunismus und der Relativierung sowjetischer Geschichte in Russland selbst schweige. Kommunisten müssten ihre »autonome organisatorische, politische und ideologische Identität« verteidigen und dürften sich nicht »in imperialistische Projekte der einen oder anderen Seite« integrieren lassen, so die KKE. Die KPRF konterte, die KKE sabotiere mit ihrem Äquidistanzstandpunkt antiimperialistische Bündnisse. (nb)

<https://www.jungewelt.de/artikel/523484.antiimperialistische-solidaritat-frieden-in-europa-wird-es-nur-mit-und-nicht-gegen-russland-geben.html>